



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

70. Sitzung (öffentlich)

27. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

18:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“

3

– Anhörung der Vertrauenspersonen

* * *

Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“

– Anhörung der Vertrauenspersonen

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich darf Sie heute zur 70. Sitzung unseres Ausschusses herzlich begrüßen. Es ist heute für den Landtag auch ein besonders wichtiger Tag mit einem neuen Ministerpräsidenten, aber für uns war im Ausschuss wichtig, wir haben für diese Volksinitiative ja auch Fristen einzuhalten, die wir sehr ernst nehmen, und deswegen tagen wir als einziger Ausschuss heute Abend. Und deswegen begrüße ich jetzt nochmal besonders Frau Ministerin und alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vom Ministerium und natürlich auch unsere beiden Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“. Frau Dr. Naderer und Herr Sticht, herzlich willkommen! Sehr nett, dass Sie uns heute Abend zur Verfügung stehen.

Wie immer möchte ich noch sagen, dass die heutige Sitzung auch per Livestream ins Internet übertragen wird. Ich frage jetzt der Form halber: Gibt es noch zur Tagesordnung Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann können wir da auch einsteigen.

Heute geht es um die Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“. Es geht um die Anhörung der Vertrauenspersonen. Nach § 4 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes für das Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid sind die Vertrauenspersonen der Volksinitiative vom zuständigen Ausschuss des Landtags anzuhören. Das ist hier in diesem Fall unser Ausschuss.

Frau Dr. Naderer und Herr Sticht, nochmal herzlich willkommen. Ich schlage vor – wie wahrscheinlich auch mit Ihnen zuvor besprochen –, dass Sie jeweils zehn Minuten haben, um die Statements zur Forderung der Volksinitiative von beiden Verbänden darzustellen. Und wir würden dann im Anschluss als Fraktionen nochmal unsere Fragen an Sie richten dürfen. In dem Sinn – würde ich sagen –, wenn keine weiteren Fragen sind, beginnen wir, und Ladies First, Frau Dr. Naderer, Sie haben das Wort.

Dr. Heide Naderer (NABU NRW): Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass wir heute die Gelegenheit bekommen, nochmal auf die Volksinitiative zurück, aber vielleicht auch nach vorne zu schauen. Herr Sticht und ich sind als Vertrauenspersonen hier, sprechen aber für viele Tausend Menschen auch draußen im Land, die diese Volksinitiative sehr aktiv mitgetragen haben.

Ich finde, dass das heute, insbesondere weil es einen neuen Ministerpräsident gibt, auch ein guter Tag ist, der uns vielleicht auch nochmal sozusagen an die lebendige Demokratie nicht nur in Nordrhein-Westfalen, aber auch besonders in Nordrhein-Westfalen erinnert. In dem Zusammenhang gab es letztes Jahr auch ein Jubiläum der Landesverfassung, die 1950 abgestimmt worden war, im Landtag, die interessanterweise auch durch einen Volksentscheid bestätigt wurde. Und das ist sozusagen die Wiege der Landesverfassung, Wiege von unserem Miteinander, von einem demokratischen

Verständnis. In dieser Landesverfassung, die durch Volksentscheid 1950 verabschiedet wurde, gibt es auch die Instrumente von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid weiterhin.

Ich sage das deshalb, weil ich es ganz wichtig finde, nochmal zu sehen, wie parlamentarische und direkte Demokratie zusammenspielen können und sollten. Ich finde, wir sollten dieses Instrument der Volksinitiativen oder Volksbegehren alle als Demokraten sehr ernst nehmen. Heute Vormittag war schon die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ hier auch vor dem Landtag präsent, die wir als Naturschutzverbände natürlich auch unterstützt haben. Heute ist unsere Volksinitiative „Artenvielfalt“ hier nochmal zur Diskussion gestellt. Ich möchte Ihnen sagen, dass es wirklich den Bürgerinnen und Bürgern ein großes Anliegen ist, genau dieses Element der direkten Demokratie auch hier nochmal bei Ihnen als Vertreter des Landesparlaments zu platzieren.

Schon gleich vorneweg der Appell, diese Forderungen und Vorstellungen von uns in der Volksinitiative auch wirklich sehr ernst zu nehmen, davon gehen wir natürlich alle aus. Aber wir haben natürlich auch nochmal zurückgeschaut, warum haben wir diese Volksinitiative überhaupt begonnen? Eigentlich könnte man ja sagen, diese Landesregierung, die jetzt noch existierenden Landesregierung, aber auch die zukünftige oder vielleicht auch die vergangene Landesregierung haben sehr viele Dokumente bereits erstellt, die natürlich auch das Thema Schutz der Natur und Umwelt thematisiert haben. Also fragt man sich, warum haben wir das jetzt überhaupt gemacht?

Vielleicht erinnern Sie sich noch – das ist auch immer wieder fortlaufend – an die Insektenstudie, die 2017 erstmals breitere Aufmerksamkeit gefunden hat und dann von Krefeld einmal über die Welt gegangen ist. Das ist schon auch beeindruckend, muss man auch sagen, auch aus Nordrhein-Westfalen. In unseren Reihen sind natürlich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertreten, die diese Studie erstellt haben. Die Ernsthaftigkeit ist, glaube ich, inzwischen überall angekommen auf der Welt, auch, glaube ich, hier in diesen Reihen, auch in Nordrhein-Westfalen natürlich. Es sind viele neue Studien dazugekommen. Das war 2017.

Das Volksbegehren in Bayern, auch daran erinnern Sie sich wahrscheinlich, war eines der ersten, wo genau dieses dort sehr bekannte Instrument der direkten Demokratie dazu geführt hat, die Bevölkerung nochmal aufzurufen: Wir müssen hier etwas tun, „Rettet die Bienen!“. Sie erinnern sich, das sollte dann tatsächlich auch der Vorreiter für uns in Nordrhein-Westfalen werden. Aber dass sich Menschen in Bewegung setzen, um ein ihnen wichtiges Anliegen nach vorne zu bringen, ist, glaube ich, das, was wir dann auch gesagt haben, was wir tun sollten.

Es gab aber einen sehr konkreten Anlass, warum wir dann tatsächlich gestartet sind. Es gab nämlich 2019 verschiedene Gespräche zwischen den Naturschutzverbänden und auch dem Ministerium, aber es gab dann am 12. Juli 2019 für uns einen entscheidenden Tag, wo sich das Blatt gewendet hat und wir gesagt haben, jetzt müssen wir tatsächlich auch die direkte Demokratie hier in Gang setzen.

Und zwar war das der Tag, als der Landesentwicklungsplan hier im Landtag verabschiedet wurde. Der Landesentwicklungsplan enthält, wie Sie alle wissen, eine Veränderung

gegenüber seiner Vorgängerfassung, nämlich die Streichung des vorgesehenen 5-ha-Ziels und die Aufhebung der Deckelung desselben. Das war für uns alle tatsächlich ein Schock, ehrlich gesagt, weil wir hatten im Prinzip schon zwei Jahre vorher alle gemeinsam durch die Studien gesehen, dass gerade das Thema Fläche essentiell ist und existenziell natürlich für die Sicherung der Lebensgrundlagen. Und diese Streichung und Aufhebung des 5-ha-Ziels ist etwas gewesen, wo wir gesagt haben: Das können und wollen wir nicht weiter mittragen, und wir müssen – das wissen wir auch im guten Rückenschluss mit unseren Mitgliedern, aber auch mit der Bevölkerung – hier etwas tun.

Also nochmal, die Fläche war sozusagen der Anlass, dieses Schlüsselthema, diese Schlüsselfrage des Freihaltens von Fläche, des Offenhaltens von Fläche und der Verfügbarkeit von Fläche, aber auch der verschiedenen Nutzungsinteressen der Fläche tatsächlich in den Mittelpunkt unserer Volksinitiative zu stellen.

Das war der Schlüssel. Das ist der Anlass. Wir haben dann acht Handlungsfelder identifiziert, ich möchte das auch nochmal ausdrücklich sagen. Es sind Handlungsfelder und Bereiche, die sich durch das gesamte Lebensfeld von uns allen ziehen. Es ist nicht nur die Landwirtschaft, das sage ich gleich vorneweg, weil sich das immer so ein bisschen darauf zugespitzt hat, sondern wir haben gesehen, ausgehend vom Thema Fläche, dass das tatsächlich etwas ist, was auch in allen Lebensbereichen notwendige Änderungen zur Folge hat.

Ich muss Ihnen nicht nochmal sagen, dass die Biodiversitätskrise inzwischen auch, ich glaube auch in diesen Reihen hier, anerkannt ist als zweite maßgeblich gefährdende Krise neben der Klimakrise. Sollte das immer noch nicht hier oder in der Bevölkerung tatsächlich relevant sein, so werden wir das sicherlich in den nächsten Jahren noch stärker zu spüren bekommen.

Wir werden jetzt nochmal auf die acht Forderungen eingehen. Ich fange nochmal an mit dem Thema „Flächenfraß verbindlich stoppen“. Das ist unsere erste Forderung in unseren Forderungen gewesen. Interessanterweise lautete es sogar im Landesentwicklungsplan, dass bis zum Jahr 2020 das Wachstum auf 5 ha reduziert werden soll. 2019 war es schon bei 8 ha. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das jetzt – wir haben die Zahlen vom LANUV noch nicht, das kommt ja immer etwas hinterher – tatsächlich zu einer Reduktion geführt hat.

Im Gegenteil, das ist das, was wir in den Regionen sehen und in den Kreisen, was wir hören. Es ist eher eine Öffnung, eine Entfesselung gewesen, dass man mit Fläche im Prinzip weniger bewusst sparend umgehen muss, als es vorher der Fall war. Es war eine Entfesselung, die genau intendiert war. Wir sehen das tatsächlich auch, dass die Maxime von Flächensparen, von Energieeffizienz, von klimagerechter Verwendung, von der Lösung von Nutzungskonflikten nicht mehr im Vordergrund steht. Unsere Forderung ist deshalb, dass dieses 5-ha-Ziel verpflichtend wieder in den Landesentwicklungsplan aufgenommen wird und dass im Prinzip auch der Ausnahmekatalog, der erweitert wurde, auch mit dem LEP, zurückgenommen wird und dass klar ist, dass mit Fläche in der Zukunft und jetzt natürlich extrem vorsichtig umgegangen werden muss.

Und ich glaube, dass dieses 5-ha-Ziel in Analogie auch zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die ja auch über alle Fraktionen, denke ich mir, getragen wird, tatsächlich eine verbindliche Umsetzung in NRW braucht.

Damit zusammenhängend kommen wir zur zweiten Forderung, „Schutzgebiete wirksam schützen.“ Wenn wir von Flächen allgemein sprechen, hier geht es insbesondere bei Flächen um Verkehrs- und Siedlungsflächen, reden wir bei den Schutzgebieten natürlich über die Kronjuwelen, die auch dieses Land hat. Es sind Flächen, die aus einem guten Grund geschützt werden müssen, weil sie die letzten Refugien für Natur sind. Und für diese Schutzgebiete fordern wir, dass es einfach konsequent umgesetzt wird, dass das die letzten Räume sind, die, wobei sie sowieso vorhanden sind für die Natur, tatsächlich auch umfassend geschützt werden.

Wie Sie wissen, wie wir alle wissen, sind in den letzten Monaten harte Verhandlungen zwischen Landwirtschaft und auch Umweltministerium in Bezug auf das Insekenschutzpaket geführt worden. Wir als Naturschutzverbände sind nicht 100%ig damit glücklich, hätten uns deutlich mehr gewünscht, dass das konsequenter noch umgesetzt wird. Aber es gab einen Kompromiss, und wir erwarten schon von dem Land, dass dieser Kompromiss auch tatsächlich 1:1 umgesetzt wird und es keine weiteren Ausnahmeregelungen für Nordrhein-Westfalen gibt, wie im Moment ja schon durch einen Erlass geregelt.

Wir wissen auch bei den Schutzgebieten, es gibt den Vertragsnaturschutz, wir halten das für sinnvoll. Wir gehen nicht davon aus und möchten nicht, dass Landwirte Biodiversität in den Flächen umsetzen, ohne das sie dafür eine Entschädigung erhalten, wenn ein Mehraufwand damit verbunden ist. Das ist überhaupt keine Frage. Ich glaube, das ist auch etwas, was vielleicht manchmal konterkariert wurde. Es ist uns aber wichtig, dass das nochmal klargestellt wird, dass wir natürlich wollen, dass auch Biodiversität auf diesen Flächen durch Vertragsnaturschutz umgesetzt wird.

Mit den Kronjuwelen zusammen hängt natürlich auch der Biotopverbund. Auch hier wissen wir – und das ist auch interessanterweise im Landesentwicklungsplan festgehalten –, 15 % der Fläche Nordrhein-Westfalens sollen in einen Biotopverbund verbunden werden. Das ist durch den LEP von 2019 nochmal bestätigt worden. Es ist in der Biodiversitätsstrategie des Landes enthalten. Wir fragen uns aber natürlich, wo sind eigentlich die Ansätze, wo ist die Umsetzung dafür, dass das tatsächlich miteinander verknüpft wird? Das sehen wir nicht, und wir würden gerne auch eine Erweiterung auf 20 % fordern.

Für die Umsetzung brauchen alle, insbesondere auch die Kreise und Kommunen Geld auch für qualifiziertes Personal, um auch tatsächlich dieses Verbundsystem herzustellen. Wir brauchen Pflegemaßnahmen und die Planung, um tatsächlich den Biotopverbund in die Praxis zu bringen.

Von meiner Seite der letzte Punkt – „Artenschutz in der Stadt fördern“. Nochmal, das ist etwas, wo wir durchaus sagen, natürlich ist das ebenfalls ein Lebensbereich, in dem mehr Schutz von Natur, der verbleibenden Natur, auch umgesetzt werden muss. Da

haben wir sicherlich auch einen großen Konsens, wenn es um die Beleuchtung, Vogelschlag an Glas oder auch um die Schottergärten geht. Wir erhoffen uns bloß angesichts der dramatischen Lage der Biodiversität, dass das nicht tatsächlich nur auf Freiwilligkeit passiert, sondern auch Vorgaben des Landes verbindlich sind, verbindlich umgesetzt werden und abschließend das Land vor allen Dingen eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung von diesen Maßnahmen auf und bei ihren eigenen Liegenschaften wahrnimmt. Das ist eine Maßnahme, die einfach umzusetzen ist, wo man niemanden zwingen muss, etwas zu tun, sondern das ist ein Konsens guter Demokraten, die auch die Natur schätzen. – Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank Frau Dr. Naderer. Herr Sticht, Sie haben das Wort, bitte.

Holger Sticht (BUND NRW): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank dafür, dass wir heute nochmal die Gelegenheit haben die Volksinitiative vorzustellen. Ich denke, die Kernforderungen kennen Sie ja alle inzwischen zur Genüge, aber ich will vielleicht die Gelegenheit heute auch nochmal nutzen, um diese eine oder andere Forderung nochmal zu konkretisieren, um klarzumachen, worum es geht.

Vorweg – und das zieht sich, wie Frau Naderer gerade auch schon sagte, wie ein roter Faden durch diese Volksinitiative: Wir sehen das Land mit seinen eigenen Flächen als Vorreiter, sehen das Land in der Vorbildfunktion und sehen derzeit und bisher, dass das Land genau das nicht tut. Aber wie sollen denn Privatmenschen auf ihren Flächen – es ist egal, ob es jetzt der Schottergarten oder der Privatwald ist – tatsächlich in der Lage sein, irgendwelche Verbesserungen zu erzielen, wenn noch nicht mal das Land hier mit gutem Beispiel vorangeht?

Ich will vier Beispiele nennen aus der Volksinitiative, um das Feld der acht Forderungsfelder zu komplettieren, Stichwort: Wälder. Unsere Forderung ist es, naturnahe und wilde Wälder wieder zuzulassen. Letztendlich sind es drei Forderungen. Wir fordern, dass kurzfristig mindestens 20 % der Landeswaldfläche aus der forstlichen Nutzung genommen werden. Das ist tatsächlich kurzfristig möglich und auch kein Riesenschritt, denn der Landeswald liegt, soweit mir das bekannt ist, schon bei 13 % bis 14 %. Das ist also keine Riesenummer, insofern auch kurzfristig möglich.

Das Zweite, was wir zum Thema Wald fordern, ist, dass 10 % der Gesamtwaldfläche, also aller Waldbesitzarten bis 2030 dann allerdings, also auch nach Möglichkeit, wenn es dafür ein entsprechendes Förderprogramm gibt, außerhalb des Staatswaldes aus der Nutzung genommen werden. Das ist eine Forderung, die in höchstem Maße begründet ist, gerade vor dem Hintergrund – da komme ich zu Punkt drei –, dass wir bisher vor allem eine Förderung haben, die aus Biodiversitätssicht ein Riesensproblem ist, um es ganz vorsichtig auszudrücken.

Denn unsere dritte Forderung ist, dass wir aufhören, im Wald mit der Gießkanne Fördermittel auszukippen, sondern dass wir genau darauf gucken, dass die Waldbesitzer nicht 20 Jahre später oder sogar zehn Jahre später wieder zurecht auf der Matte stehen

müssen und sagen: Was habt ihr uns damals erzählt, und was habt ihr damals gefördert, wobei wir gesellschaftliche Aufgaben im Wald, auf der gesamten Waldfläche haben? Wir müssen Biodiversität schützen, wir müssen Hochwasserspeicher wieder herstellen, und wir müssen Klimaschutzleistungen erbringen. Deswegen haben wir gesagt, wir müssen die Förderkulisse des Landes ausrichten an Biodiversitätsstandards. Dazu gehören Naturverjüngung statt flächigen Anbau, wir brauchen den Verzicht auf Pestizide. Wir brauchen vor allem, und das ist ein Schlüssel, die Wiedervernässung von entwässerten Waldstandorten, und wir brauchen viertens den vollständigen Erhalt von Alt- und Totholz.

Bei Punkt vier muss ich deutlich sagen, da ist in der Tat der Landeswald mit seinem Programm auch schon relativ weit mit der Biotopholzstrategie, das stimmt. Aber, was natürlich fehlt, ist, dass das als Biodiversitätsstandard in die Förderkulisse eingebaut wird.

Nächster Punkt aus der Volksinitiative, das Thema „Landwirtschaft“. Auch hier gilt aus unserer Perspektive, dass es wesentlich, entscheidend ist, dass das Land auf seinen eigenen Flächen eine Vorreiterrolle einnimmt. Das heißt für uns – das steht im Übrigen schon seit sechs Jahren in der Biodiversitätsstrategie Nordrhein-Westfalens, ist aber ganz einfach bisher nicht umgesetzt worden –, dass alle Grünland und Ackerflächen im Eigentum des Landes nach den Grundsätzen des ökologischen Landbaus zu bewirtschaften sind, das heißt also, dass die Verpachtung entsprechend verändert und ausgeschrieben wird.

Außerdem ist eine unserer Forderungen, dass wir die vom Land betriebenen oder verpachteten Einrichtungen der Gemeinschaftspflege, also Kantinen zum Beispiel, verbindlich und vorrangig ausstatten mit Erzeugnissen aus dem regionalen ökologischen Anbau und aus extensiver Weidehaltung. Dafür sind die Ausschreibungen und die Vergabekriterien zu ändern. Aber das ist ein relativ kleiner Schritt, der einen wichtigen Impuls darstellen kann nicht nur dafür, dass wir tatsächlich die Ökoanbauflächen vergrößern können. Ich denke, das ist ein gemeinsames Ziel – das hoffe ich jedenfalls –, weil es ein gemeinsames Ziel sein muss, dass wir unsere Landwirtschaft ökologischer und auch tierschutzgerechter bekommen. Es geht darum, vor allem die Betriebe, die genau das ja schon machen, nämlich tierschutzgerecht und ökologisch verträglich wirtschaften, zu unterstützen. Das ist eine wesentliche Aufgabe, die das Land aus unserer Perspektive zu leisten hat.

Denn am Ende des Tages ist es tatsächlich so, dass wir derzeit den vergleichsweise lächerlichen – im bundesweiten Vergleich ist NRW Schlusslicht – Anteil von 6,5 % Ökoanbaufläche in Nordrhein-Westfalen haben. Unsere Forderung ist es, das bis 2030 auf 25 % zu erhöhen. Das ist kein Hexenwerk, sondern das ist exakt das, was in der Farm-to-Fork-Strategie der EU steht. Da sind wir also in Nordrhein-Westfalen in bester Gesellschaft, wenn wir das anstreben. Das Einzige, was wir fordern, an dieser Stelle zumindest, ist, dass das Land, um das zu erreichen, auch wirklich die Vorreiterrolle einnimmt, die es tatsächlich einnehmen muss.

Stichwort: Gewässer und Gewässerauen, Fließgewässerauen. Ich darf vielleicht an dieser Stelle konstatieren, das ist nämlich eine durchaus erschreckende Zahl. Es ist

tatsächlich so, das können Sie selbst nachschauen auf „flussgebiete.nrw.de“, also auf einer Landesseite, dass in Nordrhein-Westfalen aktuell knapp 92 % der Fließgewässer, und zwar auf die Fließgewässerslänge bezogen, 92 % den ökologischen guten Zustand verfehlen, 92 %. Wenn wir doch eine Lehre haben ziehen müssen – ich hoffe, es sind mehrere –, aber eine davon sollte doch wirklich sein angesichts der Katastrophe, die wir in diesem Jahr erlebt haben, dass es notwendig ist, die Flächen, die wir brauchen, um Hochwasser zurückzuhalten, vom Bauen freizuhalten, um sie letztendlich auch als Retentionsflächen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nutzen zu können.

Das sind die Flächen, die letztendlich die Hochwasserspitzen auch kappen. Es geht hier – das sieht man an diesem Beispiel sehr schön – nicht nur um „Biodiversität“, sondern es geht um ein ganz breites Aufgabengebiet der Gesellschaft und damit auch der Regierung dieses Landes und dieses Parlaments.

Bei Grünland und ackerbaulicher Nutzung fordern wir Gewässerrandstreifen von 5 m, und zwar, dass diese verbindlich eingehalten werden, wenn es darum geht, diese von chemisch-synthetischen Pestiziden, mineralischem Dünger und Gülle freizuhalten. Außerdem ist die Forderung, dass wir es schaffen, auf den landeseigenen Grundstücken – da sind wir wieder auf den landeseigenen Flächen – an Gewässern der ersten und zweiten Ordnung einen 10 m Abstand mit Ausschluss der genannten Kriterien einzuführen. Da gibt es ja – das haben wir in der Diskussion der letzten Monate und Jahre erlebt – einige die meinen, das sei also too much und das sei also nicht verantwortbar. Das ist genau das, was Bayern macht.

Da frage ich mich als überzeugter, gebürtiger Rheinländer: Warum können wir in Nordrhein-Westfalen nicht etwas hinkriegen, was die Bayern hinkriegen? Es muss doch möglich sein – und dazu gehört natürlich auch und das ist auch in Bayern so, dass die Landwirte, die durch diese Einführung der verbindlichen Gewässerrandstreifen eine Erschwernis bekommen, einen angemessenen Geldausgleich erhalten können. Das heißt also, dass an dieser Stelle auch Landesmittel eingesetzt werden können, gut eingesetzt werden können als Ausgleichsmittel dafür, dass unsere Gewässer und unsere Fließgewässersauen tatsächlich in einen guten Zustand kommen können.

Und last, but not least möchte ich gern auch noch auf unseren zweiten Nationalpark zu sprechen kommen, nämlich die Senne. Die Senne ist eigentlich ein Nationalparkgebiet gewesen seit 30 Jahren. Das hat diese Landesregierung geändert. Das bedauern wir sehr. Ich will nochmal darauf hinweisen, es gibt in Deutschland 30 Hotspots der biologischen Vielfalt, ausgewiesen durch das Bundesamt für Naturschutz, 30 Stück in Deutschland. Drei davon kommen in Nordrhein-Westfalen vor, und eins davon ist die Senne zusammen mit dem Teutoburger Wald. Wenn wir Naturerbe schützen wollen, dann ist es wichtig, dass wir an dieser Stelle eine hohe Priorität für die Senne einräumen. Das bedeutet im Übrigen auch gleichzeitig dadurch, dass es Hotspot der biologischen Vielfalt ist, dass wir in der Lage sind, ganz andere Mittel, auch Bundesmittel in die Fläche zu holen, um sie so zu entwickeln und auszustatten, wie es notwendig ist, wenn wir dort einen Nationalpark bekommen. Dass der auf kurz oder lang kommen wird, davon bin ich persönlich überzeugt – ganz einfach auch deswegen, weil

wir – das ist jetzt schon einige Jahre her, aber ich glaube nicht, dass sich das Umfrageergebnis seitdem eher verschlechtert hat – eine Umfrage durchgeführt hatten, eine Emnid-Umfrage von 2013, aus der hervorging, dass 76 % der Befragten im Regierungsbezirk Detmold dafür waren, dass dieser Nationalpark eingerichtet wird, dass also eine vergleichsweise, wenn man das mal mit anderen Nationalparkprojekten vergleicht, hohe Zustimmungsraten auch schon in der Region vorhanden war für diesen Nationalpark zu seiner Zeit – und das alles vor der Diskussion der letzten Jahre, Biodiversitätsschwund, Insektensterben etc.

Kurzum, das, was ich an dieser Stelle hier aufgezeigt habe – das war zumindest mein Anliegen –, das sind alles Dinge, die tatsächlich relativ schnell umsetzbar sind, die mit vergleichsweise geringen Mitteln umsetzbar sind. Dort, wo wir tatsächlich Mittel einsetzen müssen, ist es natürlich wichtig – und das sollte uns die Bewahrung unserer Schöpfung auch wert sein, diese Mittel auch im Haushalt einzustellen. Es sind Dinge, die Mindestanforderungen sind. Ich hoffe, das ist nochmal klar geworden in dem Vergleich zu Bayern oder auch mit der Farm-to-Fork-Strategie.

Das, was wir fordern, das sind keine Dinge die irgendwie aus der Luft gegriffen sind, sondern wir haben es hier mit Dingen zu tun, die zum Teil schon Standard sind. Insofern würden wir uns sehr freuen, wenn Sie darauf einwirken könnten, dass wir im Landtag eine Mehrheit hinbekommen, die dafür ist, dass wir diese Forderungen übernehmen, dass Sie diese Forderungen übernehmen und in ein Handlungsprogramm Artenvielfalt überführen, was mit den entsprechenden gesetzlichen Änderungen verbunden ist, das aber auch damit verbunden ist, an den neuralgischen Stellen, wo es notwendig ist, Mittel einzustellen, um biologische Vielfalt in Nordrhein-Westfalen zu retten und zu schützen. – Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Sticht, vielen Dank nochmal Frau Dr. Naderer. – Ich würde jetzt die Wortmeldungsrunde beginnen nach der Größe der Fraktionen. Es beginnt mit der CDU-Fraktion Herr Deppe, dann kommt Herr Schneider.

Rainer Deppe (CDU): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal Respekt für die Volksinitiative. Das ist ein Instrument unserer Verfassung. Sie haben es am Anfang auch nochmal hergeleitet, Frau Dr. Naderer. Deshalb haben Sie und alle, die unterschrieben haben, natürlich einen Anspruch darauf, dass der Landtag sich sachgemäß mit der Volksinitiative beschäftigt (das war in der Vergangenheit unter anderen Mehrheiten nicht immer so der Fall). Aber uns ist es schon ganz wichtig, dass wir uns hier mit den einzelnen Punkten auch auseinandersetzen.

Aber Volksinitiative ist eben eine Volksinitiative, Anregungen an den Landtag, sich mit bestimmten Dingen zu befassen, auch Argumente pro und kontra zu bringen und nicht eine Abstimmung über ein Gesetz oder einen festen Regelungsvorschlag. Und das Gute ist, dass wir uns in der Zielsetzung in ganz vielen Dingen einig sind. Es geht in die gleiche Richtung. Ich will als letzten, von der Zeit her, Beleg einfach bringen, dass am Montag unsere Landesregierung und das Ministerium eine Artenschutzkonferenz durchgeführt haben als eine von ganz vielen Veranstaltungen der letzten Zeit oder

letzten Jahre, auf der genau auch diese Themen thematisiert wurden. Daran kann man sehen, dass es ein ernsthaftes Anliegen ist.

Wir haben heute hier nur die Anhörung und werden dann nochmal die Aussprache machen. Aber ich will einen Punkt nehmen, Hotspot der Biodiversität, dass wir die erhalten wollen und erhalten müssen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Die Frage ist halt, welche Mittel, welche Wege sind die am erfolgversprechendsten?

Und da haben wir auch abgewartet, weil alle wussten, dass auf der Bundesebene eine Regelung kommen würde, was das Thema Naturschutzgebiete und Pflanzenschutzmitteleinsatz angeht. Die haben wir jetzt. Die ist gekommen, nachdem Sie Ihre Volksinitiative gestartet haben. Dass man eine laufende Initiative natürlich nicht mehr ändert, ist auch klar. Aber da würde ich sagen, Ziel wahrscheinlich weitgehend erreicht. Aber das muss man dann vielleicht im Detail abstimmen.

Eben wurde noch erwähnt, das Thema Farm-to-Fork-Strategie. Wir müssen hier sehen, wie passt so etwas in das Land Nordrhein-Westfalen? Die Zielsetzung von der Europäischen Union ist klar.

Wo wir uns unterscheiden und – ich nehme an – wahrscheinlich im Ergebnis nicht zueinanderfinden werden, ist das Thema Nationalpark, und zwar genau, weil wir diesen Hotspot der Biodiversität erhalten wollen. Herr Sticht hat es eben erwähnt, seit 30 Jahren das Topgebiet in Nordrhein-Westfalen, vielleicht mit der Wahner Heide vergleichbar. Es ist gerade deshalb entstanden und so erhalten worden, weil die Senne nicht Nationalpark ist, sondern weil sie ständig genutzt wird, weil man eben – auf den ersten Blick mit fahrenden Panzern – natürlich rabiart mit der Natur umgeht, aber gerade dadurch Lebensräume entstanden sind, die wir im Nationalpark nicht erhalten könnten, weil dann der Prozessschutz gilt. Damit haben wir uns hier vor einigen Jahren sehr intensiv mit beschäftigt.

An diesem Beispiel, glaube ich, kann man ganz gut zeigen, dass wir diese Hotspots erhalten wollen und uns dann über die Mittel unterhalten. Solange das Gebiet militärisch genutzt wird, glaube ich, ist im Moment auch kein Handlungsbedarf. Aber wenn das mal vielleicht irgendwann aufhören würde, müssen wir ein Konzept entwickeln, wie wir jenseits des Nationalparks, nämlich des Nichtstuns, der Natur sich selbst überlassen diese Biodiversität erhalten werden. Ich kann nur von meiner Haustür sagen, Wahner Heide: Dieses Gebiet wird deshalb erhalten, weil mit erheblichen Mitteln des Landes, des Flughafens, des Bundes ständig auch an der Natur gearbeitet wird, um diese wertvolle Naturlandschaft so zu erhalten oder sie an vielen Stellen weiterzuentwickeln, wie sie dann auch ihre Dinge erfüllen kann.

Ich will vielleicht noch einen Punkt erwähnen, das andere werden wir dann vielleicht vertieft machen, Thema Nichtnutzung von Wäldern. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen oder deutschlandweit haben sich mit viel Einsatz das Recht erkämpft, die Wälder frei betreten zu können. In dem Moment, wo ich Flächen aus der Nutzung nehme, großflächig, wo ich sehr viel Totholz stehenlasse, ist das aus Verkehrssicherungsgründen nicht mehr möglich. Das müssen wir der Bevölkerung dann auch sagen. Damit verbunden ist eine Einschränkung des freien Betretungsrechtes.

Und, ich glaube, das ist auch nicht das, was Sie wollen. Wir wollen vitale Wälder haben, gesunde Wälder, vielfältige Wälder vor allem, und deshalb dürfen wir auch nicht dazu kommen, dass wir sagen, wir machen nur noch Naturverjüngung.

Wir wissen alle, dass das wieder wächst, wessen Samenvorrat im Boden ist. Dann werden wir wieder an den Stellen überwiegend Fichtenwälder bekommen, wo wir sie hatten und sie vom Borkenkäfer aufgefressen wurden. Nein, unsere Waldbaustrategie geht genau dahin, gezielt Waldentwicklung zu betreiben, weil wir heute auch eine Verantwortung haben für den Wald der Zukunft, Ich denke, dass wir im Ziel wahrscheinlich sehr nahe beieinander sind, uns über die Wege vielleicht dann unterhalten können bzw. da vielleicht auch nicht immer übereinkommen. Unser Ziel ist, die Ziele zu erreichen auf dem Weg der Kooperation, nicht der Konfrontation, nicht der gesetzlichen Festlegung. Ich habe den Eindruck, wir sind in Nordrhein-Westfalen hier ein ganzes Stück weitergekommen, wenn ich mir allein die Bilanz ansehe, der unter Schutz gestellten Gebiete.

Über den Vertragsnaturschutz, glaube ich, kann sich diese Landesregierung sehr gut sehen lassen. Aber wir würden das noch weiter miteinander besprechen. Ich bin da optimistisch, dass wir für die Natur zu einem sehr guten Ergebnis kommen werden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Deppe. Ich würde jetzt einmal sammeln, dass Sie dann am Schluss erwidern. – Herr Schneider, bitte.

René Schneider (SPD): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Dr. Naderer, lieber Herr Sticht, schön, dass Sie heute Abend hier sind, uns Rede und Antwort stehen. Deswegen soll es auch eigentlich kein Monolog jeweils von uns sein, sondern wir haben einiges an Fragen auch mitgebracht. Der Vortrag von Herr Deppe reizt aber dazu, auch ein paar Aussagen zu treffen, bevor ich zu meinen Fragen komme. Denn es hört sich ja so an, als wäre alles auf einem Superweg. Alles läuft im Grunde genommen. Ich frage mich, warum 115.000 Menschen das mit ihrer Unterschrift explizit anders gesehen haben.

Das Erweckungserlebnis, Frau Dr. Naderer sagte das gerade, war der LEP. Und ich muss Ihnen sagen, das ist auch für mich mein persönliches Erweckungserlebnis. Beim Thema Kies war das der Moment, wo man wirklichinhören musste und sagen musste, dass bei der Entfesselung gegen Naturschutz, gegen Artenschutz und dergleichen schlichtweg zwei verschiedene Politikwege plötzlich gegeneinander standen. Und das, glaube ich, hat viele Menschen auch bewegt, da zu unterschreiben und zu sagen, wir wollen das gerne anders. Ich nehme das beileibe, Herr Deppe, nicht so wahr, dass die Menschen sagen, da ist alles in Butter, da gibt es tolle Klimaschutzgesetze und Artenschutz ...

Sie nannten gerade die Artenschutzkonferenz, die, glaube ich, in dieser Woche war. Da war ein Vertreter, ein Referent, Prof. Fartmann, der sinngemäß gesagt hat: Wir wissen genug, wir haben kein Erkenntnisdefizit, wir müssen nur jetzt endlich auch mal machen.

Und da vermisse ich eben einiges bei Ihnen, auch in einzelnen Gesetzen. Übers Klimaanpassungsgesetz haben wir gesprochen. Sie kennen meine, Sie kennen unsere Auffassung dazu, dass man schon da einige der Ziele der Volksinitiative hätte einbauen können. Das hat man nicht gemacht, weil man gesagt hat: Das gehört da nicht hin, das machen wir woanders. Nur, meine Damen und Herren, wann machen Sie es denn jetzt? Und Machen ist wie Wollen, nur eben krasser, und Sie sollten mal langsam an die Stelle kommen, wo Sie auch mal echt krass werden und dann ein bisschen was tun.

Und ich komme jetzt zu den Fragen. Wir müssen jetzt langsam mal in den Vorwärtsgang kommen. Scheinbar wird das mit Ihnen schwierig, aber wir reden gerade über den Haushalt 2022. Der Haushalt 2022 wird der erste Haushalt einer neuen Landesregierung sein. Und der NABU fordert ganz konkret, 15 Millionen Euro in diesen Haushalt 2022 für ein Sonderprogramm für die Stärkung der biologischen Vielfalt einzustellen. Ich kann hier schon sagen, dass wir diesem Ansinnen vonseiten der SPD-Landtagsfraktion sehr positiv gegenüberstehen. Die erste Frage, die ich da konkret an Frau Dr. Naderer habe, ist die: Es gibt ja dieses wunderbare Paretoprinzip, wonach man sagt, mit 20 % des Aufwandes kann man 80 % im Grunde genommen des Impacts erzielen. Da wäre meine Frage: Was wären die Sachen, die Sie an unserer Stelle dann, wenn es die 15 Millionen Euro gibt, als Erstes anstrengen würden?

Und an Herr Sticht in Fortsetzung der Hinweise, die er hier schon für uns hatte, was man auch kurzfristig tun kann, nochmal: Wir wissen, was zu tun ist, wir müssen jetzt nur auch machen. Was müsste, und was könnte diese Landesregierung sogar noch bis zum Mai 2022 tun? Das sind ja immerhin noch 200 Tage und der Rest von heute. Einiges sagten Sie gerade schon, kurzfristig hier den Wald aus der wirtschaftlichen Nutzung nehmen, aber welche Dinge könnten das jetzt noch sein, die die Frau Ministerin, die Frau geschäftsführende Ministerin zumindest heute, mitnehmen kann und im Grunde genommen in den nächsten Tagen in Bewegung setzen kann. Herrn Deppe, der CDU-Fraktion scheint es sehr ernst zu sein. Da ist ja noch Luft, 200 Tage. Welche Empfehlungen können Sie da noch mitnehmen, die auch wir mitschreiben können und umsetzen können, selbst in dieser kurzen Zeit? Ab Juni sieht es ja dann hoffentlich nochmal ganz anders aus. Ich glaube, dass sich draußen in der Welt einiges getan hat und dass die Schwerpunktsetzung weg von Entfesselungen hin zu mehr Artenschutz und Artenvielfalt sich durchgesetzt hat und durchsetzen wird.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke, Herr Schneider. Ich schaue zur FDP-Fraktion, Herr Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Liebe Frau Dr. Naderer, sehr geehrter Herr Sticht! Es freut mich außerordentlich, dass wir heute über Ihre Initiative jetzt in diesem Rahmen hier sprechen können. Es ist wichtig, und Sie wissen, dass wir den Positionen auch des NABUs und der fachlichen Kompetenz immer hohe Wertschätzung entgegengebracht haben und das auch weiterhin tun werden. Und deshalb haben wir uns natürlich auch sehr intensiv mit diesen Forderungen beschäftigt. Es ist

tatsächlich so, ich glaube, in den Überschriften sind wir uns in weiten Teilen logischerweise einig. Die Ziele teilen wir alle, auch ich habe Kinder, auch ich lebe in dieser Umwelt, auch wir haben Interesse, Flächen zu schonen. Schonem ist nicht schlecht. Die Frage ist immer die Umsetzung.

Und das hat ja dazu geführt, dass wir uns auch sehr intensiv mit Ihren Punkten und Forderungen auseinandergesetzt haben. Es hat ja auch, glaube ich, jetzt hier schon viel bewegt, auch in der Landesregierung in den vergangenen Monaten, in Gesprächen, in den gemeinsamen Ideen, was man umsetzen kann und wie man Ziele wirklich erreichen kann. Der Teufel liegt ja so oft im Detail. Deswegen hoffe ich, dass wir in den nächsten Wochen hoffentlich gemeinsam gucken können, wie man Forderungen und Überschriften verwirklichen kann, vielleicht mit teilweise anderen Unterpunkten, weil sich manches halt beißt. Das ist klar, wenn man es hinschreibt. Wir haben jetzt zum Beispiel gesehen im Rahmen der Ampel Sondierungen 2 % Windkraftfläche. Auch das ist überplante Fläche. Auch so etwas muss man in einem LEP ja darstellen können.

Gerade in dem Kontext wurde immer wieder deutlich gemacht, dass diese Initiative der Ampel, die im Sondierungspapier schon festgehalten ist, wenn es denn dazu kommt, leider oft an der Gesetzgebung der Länder scheitern könnte, weil es gar nicht möglich ist, weil sich etwas gegenseitig fesselt. Von daher ist Entfesselung nicht immer nur negativ zu sehen. Wenn man etwas will, muss man es auch ermöglichen können. Und daher bin ich vorsichtig, wie gesagt, in der Überschrift, Fläche sparen, 100 %. Wir haben immer schon betont, dass 5-ha-Ziel hat sein Ziel nicht erreicht, deswegen steht es dort nicht mehr. Es geht nicht darum, einfach Fläche zu verbrauchen, sondern wir wollten eine intelligentere Lösung, die wir auch angeboten haben.

Aber da müssen wir gemeinsam gucken, wie kriegen wir das hin, ohne uns gesetzlich so zu fesseln, dass zum Beispiel die Energiewende nicht mehr umsetzbar ist. Das wäre ja genauso traurig und sicherlich auch genauso falsch. Und gerade wurde es schon angesprochen, das Gleiche haben wir in Naturschutzgebieten, wo wir das 100 % teilen, nur einfach förderunschädlich sein wollen. Wir möchten den Landwirten das entschädigen können. Und in der 1:1-Umsetzung des Initiativtextes würde das nicht funktionieren.

Ich glaube, wir sind uns gemeinsam einig, wir wollen das Ziel, aber nicht die Nichtentschädigung der Landwirte, denen wir ihr Eigentum da wegnehmen, sondern möchten sie natürlich entschädigen können, um dieses Ziel gemeinsam dann zu erreichen.

Ähnliches gilt im Wald. Ähnliches gilt im Ökolandbau. Niemand möchte den Ökolandbau beschneiden oder zurückführen, sondern natürlich wird er gefördert, wo er gefördert werden kann. Ich bin auch Vorsitzender der Enquetekommission „Zukunft der Landwirtschaft“. Auch dort haben wir überfraktionell schon an Zielen gearbeitet. Aber auch hier wissen wir, die einfache Forderung, so wie sie im Untertext zur Überschrift steht, wäre dann wiederum auch förderschädlich, und die Biolandwirte könnten dann keine Bioprämien mehr bekommen. Das heißt, wir hätten ein zusätzliches Hemmnis bei der Umstellung, was wir gar nicht wollen, sondern wir wollen, dass sie natürlich die Ökolandbauprämie kriegen können. Das können sie aber nicht, wenn die Kommune von sich aus sagt, du kriegst es günstiger. Das haben wir alles schon geprüft, da haben

wir uns intensiv drum gekümmert, auch gerade hier in der FDP-Fraktion. Wir haben geguckt: Wie können wir das umsetzen? Da sind wir halt an diese Punkte gestoßen.

Andere Sachen sind ja im Prinzip schon erfüllt, Gewässerrandstreifen sind auch über Umwege jetzt wieder im Schutz drin. In Bayern ist die Situation sicherlich noch mal ein bisschen was anderes. Man muss sich das angucken, die haben wesentlich weniger wasserführende Stellen, hätte ich fast gesagt, als Gewässer klassifiziert als wir. Das heißt, der Druck ist etwas geringer. Die haben natürlich auch mehr Fläche. Von daher ist das etwas anders zu sehen. Aber die Ziele sind jetzt im Prinzip jetzt schon in der Umsetzung, weil sie ja nach NRW gekommen sind.

Über Nationalparks haben wir uns damals schon ausgesprochen. Sicherlich ist das nach der militärischen Nutzung immer noch mal eine Frage. Aber in der ersten Diskussion gab es durchaus ablehnende Positionen der örtlichen Gebietskörperschaften, und die Selbstverwaltung der Kommunen ist uns auch immer wichtig, fraktionsübergreifend. Das ist ein klassischer Ansatz hier im Landtag. Gleichzeitig kam von vielen Naturschützern auch die Frage: Ist gerade der Prozessschutz in einem Nationalpark für den Schutz der Senne denn eigentlich das Richtige und Sinnvolle, weil dieser darauf basiert, dass die Senne eine gewisse Form der Nutzung hat, sonst wäre diese Landschaft nicht mehr da.

Und deswegen, finde ich, ist es so wichtig, dass wir gucken, dass wir die Ziele, die Überschriften erfüllen, ohne die Punkte, die tatsächlich in der 1:1-Umsetzung in aktive Politik das Gegenteil von dem erreichen würden, was wir gemeinsam erreichen wollen, außer Acht zu lassen. Wenn wir das hinkriegen, dann haben wir einen echten Mehrwert. Dann haben wir ein Plus für die Natur, für Nordrhein-Westfalen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir daran jetzt zeitnah gemeinsam arbeiten können.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Diekhoff. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Vielen Dank an Sie beide für Ihre beiden Beiträge, die ja nochmal die Forderung der Initiative deutlich gemacht haben. Vielleicht können wir alle miteinander erstmal festhalten, dass die Initiative nicht aus Jux und Tollerei entstanden ist, sondern sehr wohl auf einem Fundament, nämlich der schwindenden Artenvielfalt und des großen Verlustes vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der Entomologen in Krefeld. Das müsste uns ja erst einmal einen, dass wir zusammen feststellen können, dass etwas nicht stimmt und dass all das, was wir in den vergangenen vier Jahrzehnten – sage ich jetzt mal so über den Daumen – getan haben, um der Natur zu helfen, nicht ausgereicht hat. Egal, ob wir uns vielleicht eher für das Instrument des Vertragsnaturschutzes entscheiden oder für gesetzliche Auflagen; es ist völlig egal, es hat nicht funktioniert. Und das, glaube ich, ist schon einmal ein wichtiger Punkt.

Kleiner Nebensatz: Mir wäre es nochmal wichtig, wenn wir über das 5-ha-Ziel reden, Herr Diekhoff, dass wir uns drauf verständigen, dass nie ein 5-ha-Ziel im LEP stand. Es ging immer um einen 5-ha-Grundsatz und nichts anderes. Und das, finde ich, ist nochmal wichtig. Ich fand, dieser 5-ha-Grundsatz war ein Kompromiss, bei dem ich

immer gehofft habe, dass man diesen Grundsatz, der ja nicht verbindlich ist, aber akzeptiert als Warnhinweis an uns alle, was unser Ziel sein müsste und was wir einhalten sollten. Ich finde sehr wohl, dass es nach draußen natürlich auch eine Signalwirkung hat, wenn man selbst mit so einem 5-ha-Grundsatz nicht leben kann.

Heute ist der neue Ministerpräsident Henrik Wüst gewählt worden. Ich erinnere mich gut daran, eine seiner ersten Handlungen, die er so als Verkehrsminister gemacht hat, stand im Zusammenhang mit dem Sozialticket. Da ist er nämlich nach vorne ans Rednerpult gegangen und hat gesagt: Politik handelt – sinngemäß –, Politik ist Handeln, und wer handelt, macht auch mal Fehler, und hiermit nehmen wir die Idee, das Sozialticket zu streichen, zurück. Herr Deppe wird sich dran erinnern.

Das fand ich damals sehr gut, sehr positiv, weil es uns als Politiker immer sehr schwerfällt, Fehler einzugestehen und sie zurückzunehmen. Und von daher würde ich mich freuen, wenn Sie zum Beispiel die Streichung des 5-ha-Grundsatzes an der Stelle auch mal bedauern würden.

Herr Deppe, Sie haben eben die Konferenzen erwähnt und die vielen Veranstaltungen, die das Ministerium gemacht hat. Ja, das stimmt, und am Montag war auch wieder eine Veranstaltung. Das ist alles schön und gut, aber da bin ich bei meinem Kollegen hier, Herrn Schneider, und dann auch bei der Initiative: Wir müssen auch mal rauskommen aus dem Veranstaltungsmodus in einen Umsetzungsmodus, wir wissen es doch. Wir wissen es doch, was zu passieren hat. Wir müssen es nur tun, denn sonst gewinnen draußen die Menschen das Gefühl, dass wir mit jeder weiteren Veranstaltung nur auf Zeit spielen.

Ich finde nochmal spannend zwei Fragen, das wurde auch angesprochen eben, das Insektenschutzpaket. Da seien doch die entsprechenden Regelungen nun getroffen, und damit sei ja dieser Forderungspunkt, den Sie auch nochmal vorgetragen haben, eigentlich obsolet geworden, den braucht es dann ja nicht mehr, weil die Bundesebene es geregelt hat. Da würde mich doch mal interessieren, ob Sie das teilen, ob man diesen Forderungspunkt tatsächlich streichen kann.

Und dann wüsste ich gerne: Wenn Sie eine Prioritätenliste aufstellen müssten, was wäre denn das, was zwingend unbedingt jetzt passieren müsste? Was könnte denn die Landesregierung sofort noch aus den vorgeschlagenen Maßnahmen durchführen, umsetzen? Vermutlich werden Sie keine Zustimmung kriegen – könnte ja passieren –, aber was wären die ein, zwei Punkte, bei denen Sie sagen, aber das, das müsstet ihr machen? Also, so viel Einsicht müsste doch da sein, dass man das umsetzt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Rüsse. – Wer fängt an? Frau Dr. Naderer, bitte.

Dr. Heide Naderer (NABU NRW): Ja, vielen Dank für die Fragen oder Kommentare auch. Ich möchte, wenn Sie erlauben, schon gerne festhalten, dass wir uns in den Zielen alle einig sind. Das finde ich schon mal, muss ich sagen, bemerkenswert, wenn die Ziele so in Ordnung sind. Bei dem, was wir ausgeführt haben zu den Forderungen,

spricht meiner Meinung nach da jetzt nicht unbedingt eine Radikalität raus oder ein Extremismus, den man nicht tragen könnte. Dann müsste doch eigentlich im Landtag dieses Programm auch durchgehen.

Oder es aber muss vielleicht noch ein Änderungsantrag geben. Aber im Prinzip, wenn Sie sagen, bei den Zielen sind wir uns doch einig, und selbst die Überschriften sind in Ordnung, dann muss ich sagen, super, dann haben wir den ersten Teil ja schon erreicht.

Der zweite Teil wäre dann natürlich ... Da geht es um „sofort“. Bei uns geht es auch um sofort. Die Veranstaltung am Montag, die man teilweise auch online begleiten konnte, hat ein Motto gehabt von allen, die da waren. Wir wissen alles, wir müssen umsetzen. Das war von allen, die eingeladen waren, die ganz klare Position. Und das waren ja nicht Personen, die wir eingeladen haben, sondern Personen, die das Ministerium eingeladen hatte. Das heißt, in der Wissenschaft, bei allen Akteuren ist klar: Wir wissen alles genügend über das Problem, wir wissen, wie bedrohlich das ist. Und wir müssen es jetzt umsetzen. Deshalb, was ist umzusetzen und wie können wir es umsetzen?

Aus unserer Sicht, ich spreche in dem Fall jetzt für den NABU, weil wir das ja auch im Haushaltsausschuss auch schon vorgetragen haben, ist ein 15-Millionen-Euro-Sofortprogramm biologische Vielfalt eine Möglichkeit zu zeigen, wie ernst der Landtag dieses Problem wirklich nimmt. Also nur zu sagen, ja, finden wir alles in Ordnung, ist zu wenig, nein, handeln. Und im Dezember ist tatsächlich auch das Datum, wo genau solche Anträge hier dann auch hoffentlich eine Mehrheit finden und auch angenommen werden.

Jetzt kann man natürlich sagen, Blankoscheck, was wollt Ihr denn mit den 15 Millionen Euro machen? Das war ja die Frage auch von Herrn Schneider. Wenn wir da sagen, angesichts der dramatischen Lage, die wir sehen oder die uns auch immer wieder bestätigt wird, wäre jetzt ganz schnell ... Wir haben ja die Instrumente dafür, zum Beispiel die biologischen Stationen, die ja auch am Montag nochmal hervorgehoben wurden, zu beauftragen, die Pflegekonzepte, die Maßnahmenkataloge tatsächlich aufzusetzen. Die sind extrem teuer im Entwurf, sie müssen aber gemacht werden. Das ist auch eine Aufgabe, wo man gar nicht drum herum kommt. Sie brauchen das Geld, um das zu tun, sie brauchen das Personal, um das zu tun.

Die Pflegemaßnahmen müssen umgesetzt werden. Auch dafür kann man das Geld einstellen. Wir glauben, es ist ganz wichtig, dass das Geld auch nicht nur dorthin gehen soll, wir glauben auch, dass es an die UNBs gehen soll. Wir wissen, wie viel gute, engagierte Verwaltungsmitarbeiter da sitzen, die einfach völlig überlastet sind, die Aufgaben durchzuführen, mit denen sie da konfrontiert sind. Es geht darum, auch die nachgeordneten Behörden zu stärken, die Aufgaben umzusetzen, für die sie da sind. Beim Personal ist es so, das sind diejenigen, die die Sachen auch anschieben.

Das dritte ist natürlich Kooperation. Sie hatten das ja gerade gesagt, dieses beliebte Thema Ordnungsrecht und Kooperation. Ich glaube, wir stehen dafür, dass wir uns zum Beispiel den niedersächsischen Weg sehr gewünscht hätten, um gemeinsam mit den Landwirten auszuarbeiten: Wie kann man das eigentlich machen? Wie setzen wir tatsächlich die Dinge um? Wie finden wir einen Konsens bei Nutzungskonflikten? Es ist doch gar keine Frage, dass man da auch zusammenkommen muss.

Und ich glaube, das Insektenschutzpaket der Bundesregierung hat gezeigt, wie mühsam und wie schwierig das ist. Es wäre aus unserer Sicht auch nur ein erster Schritt, genau in die richtige Richtung zu gehen und zu sagen: Man kriegt auch was zusammen, auch die Zukunftskommission Landwirtschaft hat gute Erfolge erzielt. Wir hoffen auch – das vielleicht nur als Nebenbemerkung –, dass wir das als Rahmen vielleicht mit den nächsten Schritten – Transformation, ein Wort aus dem Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft, fand ich erstaunlich – gemeinsam umsetzen.

Das heißt auch, mit den Landwirten gemeinsam Vertragsnaturschutz weiter umzusetzen, aber auch zum Beispiel eine Kooperation von Naturschutz und Landwirtschaftskammern zu haben. Ich fände es eine falsche Richtung zu sagen, die Landwirtschaftskammern übernehmen mal das ganze Thema Biodiversität. Nein, es muss zusammen gehen mit dem Naturschutz, weil der Naturschutz nochmal ein komplett anderen fachlichen Blick auf die Dinge hat. Im Zusammengehen wird das wahrscheinlich auch ein guter Effekt werden. Auch da könnte ich mir vorstellen, dass da entsprechende Gelder reingehen. Ehrlich gesagt, dann sind, glaube ich, die 15 Millionen Euro auch schon fast wieder verbraucht. Dann brauchen wir sicherlich auch noch mehr für die Unterfütterung der anderen Maßnahmen in den anderen Bereichen. – So weit erst einmal.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Sticht, noch ergänzen? – Bitte.

Holger Sticht (BUND NRW): Ja, vielleicht kurz. Die Frage von Herrn Schneider, was könnten wir denn noch tun? Frau Dr. Naderer hat jetzt einiges aufgeführt. Es sind unglaublich viele Dinge, das würde heute, glaube ich, unseren Rahmen sprengen. Man kann auch gar nicht sagen genau, was sind die wichtigsten. Es gibt unzählige wichtige Aufgaben. Ich nenne jetzt mal ein Beispiel, ein Beispiel, was sofort umsetzbar ist, sofort.

Alle landeseigenen Wälder wieder zu vernässen, ist eine Forderung unser VI., das zu finanzieren und zu machen, ist ganz einfach. Ganz wichtig, Klimaschutz, CO₂-Senken wieder schaffen, biologische Vielfalt ermöglichen, Hochwasserschutz betreiben, ja und dafür sorgen, dass solche Katastrophen, wie wir sie erlebt haben, nicht nochmal passieren, indem wir nämlich aktiv bei uns im Land, auf unseren landeseigenen Flächen Klimaschutz betreiben und dafür sorgen, dass die Böden wieder Wasser aufnehmen können.

Das sind alles auch vielfach Standorte, die sind gezielt entwässert worden, um dort die Fichte anzubauen, die in den letzten Dürrejahre verreckt ist, weil es eine Baumart ist, die von Natur aus in Nordrhein-Westfalen auch nicht vorkommt. Das muss man mal so deutlich sagen. Der Anbau ist gescheitert. Und das, was Sie machen, ist, diesen Anbau, dieselbe Methodik einfach nur fortzusetzen.

Wir rennen in die nächste Katastrophe, wenn wir wieder drei, vier Dürrejahre haben. Und das Einzige, was wir vorschlagen, ist, dass wir versuchen, diese enormen betrieblichen, wirtschaftlichen Verluste, diese Probleme, die beim Menschen vor Ort entstehen, zu vermeiden, indem wir einfach an der Stelle ansetzen wie der Wiedervernässung, mit der wir gleichzeitig vier, fünf Aufgaben erzielen können. All das, was dort einzusetzen ist an finanziellen Mitteln, was ja auch schon gesetzt wird, was ja schon da ist ... Sie

haben schon im Haushalt Mittel eingestellt für die Waldförderung. Das wird derzeit mit der Gießkanne ausgeschüttet, um irgendwelche amerikanischen Baumarten anzubauen, von denen wir überhaupt nicht wissen, was mit denen passiert, mal davon abgesehen, dass es für die biologische Vielfalt absolut abträglich ist.

Ich bin noch vor ein paar Tagen im FFH- und Vogelschutzgebiet, einem Naturschutzgebiet, das dem Land Nordrhein-Westfalen gehört, unterwegs gewesen. Ich war schockiert. Da werden Zypressen angebaut aus Nordamerika, da werden Roteichen angebaut in diesen Schutzgebieten. Ich bin entsetzt, was hier abgeht auf landeseigenen Waldflächen. Und das einfach nur umzukehren und zu sagen, ich mache diesen Schwachsinn – Entschuldigung, dass ich das so deutlich sage –, aber diesen kontraproduktiven Invest gar nicht, sondern ich lenke die Gelder, die ich zur Verfügung habe, in die Richtung, dass ich wirklich die verschiedenen gesellschaftlichen Aufgaben abdecken kann. Darum geht es, und das ist von heute auf morgen machbar, und das müssen wir machen, und das ist das, was wir einfordern.

Das nur als ein Beispiel von 50, 60, 70 anderen, die ich jetzt noch aufführen könnte. Ich nehme an, dass Sie an dieser Stelle heute Abend zumindest daran nur ein begrenztes Interesse haben.

Zweite Frage, nämlich die von Herrn Rüße: Wir haben in der Tat die Pflanzenschutzmittelverordnung. Warum müssen wir überhaupt in Nordrhein-Westfalen noch irgendwas machen, obwohl wir diese bundesgesetzliche Regelung haben? Da will ich Ihnen nur zwei Beispiele nennen. Diese Pflanzenschutzmittelverordnung gilt nur für einen Teil der Schutzgebietskategorien. Die gilt ja nicht für das, jetzt in unserem Falle, Land Nordrhein-Westfalen, sondern die gilt tatsächlich nur für einen kleinen Ausschnitt von Flächen in Nordrhein-Westfalen.

Was wir sagen, ist, dass es wichtig ist, dass wir alle Gewässer in den Blick nehmen. Und das ist bei der Pflanzenschutzmittelverordnung überhaupt gar nicht der Fall. Außerdem ist es so, dass da so eine Art Länderöffnungsklausel drin ist. Das heißt, wenn das Land Nordrhein-Westfalen, wie Frau Ministerin das ja offensichtlich inzwischen auch per Erlass getan hat, davon Gebrauch macht und sagt, bei bestimmten Schutzgebieten wenden wir diese Verordnung nicht an – das können wir als Land uns so vornehmen –, dann wird auch diese Verordnung außer Kraft gesetzt. Also bleibt unterm Strich bisher, dass diese Pflanzenschutzmittelverordnung nicht annähernd das von Kulisse abdeckt, was aus unserer Perspektive notwendig ist und was auch tatsächlich notwendig ist, um den Biodiversitätsschwund, auch den Schwund der Schöpfung hier in Nordrhein-Westfalen zu stoppen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke sehr, Herr Sticht. – Frau Ministerin, bitte sehr.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Ich hatte mich gemeldet zu dem letzten Punkt, um hier mal was Klarstellendes zu sagen, weil Sie eine ganze Menge, Herr Sticht, von Falschbehauptungen hier gesagt haben.

Die Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung regelt die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten. Die Länder haben die Möglichkeit, eine Härteklausele zu ziehen, wenn es nämlich beispielsweise, wie es im Augenblick der Fall ist, überhaupt keinen Erschwernisausgleich für die Landwirte gibt. Das heißt, der Bund hat hier eine Verordnung vorgelegt, die faktisch für Landwirte ... Es gibt nicht wenige – und das wissen Sie auch. Wenn Sie Rheinländer sind, wissen Sie, wie viele rheinische landwirtschaftliche Betriebe betroffen sind, die mit fast 100 % ihrer Fläche in diesen Naturschutzgebieten liegen. Denen wird die Pflanzenschutzmittelanwendung verboten, soweit so gut, ohne dass sie einen Ausgleich bekommen. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Deshalb haben wir gesagt, solange der Erschwernisausgleich nicht vom Bund beschlossen wurde – ich frage Woche für Woche nach im BML, wann er endlich kommt. Solange dieser Erschwernisausgleich nicht vorliegt, müssen wir den Landwirten Härtefallregelungen geben, weil es ansonsten eine Enteignung ihrer Flächen ist.

Ich würde Sie einfach bitten, das auch vernünftig so darzustellen. Es geht nur darum zu sagen, bis der Erschwernisausgleich tatsächlich vorhanden ist. Er ist nicht vorhanden, Herr Sticht. Sie sagen, es Ihnen total egal, wie es den Landwirten geht, aber dann werden Sie niemals mit den Landwirten hier eine Kooperation finden. Das war zur Sache, Entschuldigung, zur Klarstellung.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Antrag zur Geschäftsordnung?

René Schneider (SPD): Wir haben vonseiten der SPD-Fraktion hier einige Fragen, also, bei allem Respekt, Frau geschäftsführende Ministerin, aber als Nichtparlamentariermitglied, als geschäftsführende Ministerin und aktuell in einer Anhörung befindlich, Gäste und Vertreter der Volksinitiative hier in den Senkel stoßen zu wollen, finde ich schwierig, ganz ehrlich. Diese Anmerkung bitte ich, auch zu Protokoll zu nehmen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich glaube, es geht hier um Faktendarstellung, von der jeder hier Gebrauch machen kann. Aber ich habe noch Fragen hier auf meinem Zettel. Also ich gehe nochmal weiter. Zuerst hatte sich Frau Winkelmann gemeldet und dann Herr Stinka, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Was auf jeden Fall festzuhalten bleibt, ist, dass wir alle, denke ich, ein ähnliches und ein gleiches Ziel verfolgen, nämlich ein Mehr an Biodiversität, ein Mehr an Schutz für die Artenvielfalt in Nordrhein-Westfalen.

Wir befinden uns heute, das haben die Kollegen gerade richtig gesagt, im Anhörungsverfahren. Das ist das erste Mal, das sich unser Ausschuss insgesamt mit einer Volksinitiative beschäftigt. Ich denke, wir sollten an dieser Stelle auch das weitere Vorgehen beraten. Wir haben vorhin gesagt, wir befinden uns heute in der Anhörung, wir haben dankenswerter Weise die Stellungnahmen der beiden sachkundigen und fachkundigen Experten gehört. So wie ich es verstanden habe, weiteres Vorgehen in der Volksinitiative ist, dass wir, die einzelnen Fraktionen dann irgendwann als Umweltausschuss

ein Votum abgeben müssen, und dass das Ganze dann auch nochmal im Plenum beraten wird.

Und deshalb würde ich jetzt gerne für die CDU-Fraktion unsere Ausschussvorsitzende bitten, das Thema Votum zur Volksinitiative, nachdem wir heute vieles noch hier gehört haben, zur Beratung in den Ausschuss am 09.11. zu setzen, also die Tagesordnung entsprechend an der Stelle zu erweitern, damit wir dann nochmal über dieses wichtige Thema gemeinsam sprechen können. – Das wär es von unserer Seite. Wir haben auf jeden Fall noch entsprechenden Beratungsbedarf und danken für die interessanten Aspekte, die wir heute noch gehört haben. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Winkelmann. Das ist notiert. – Dann Herr Stinka, bitte.

André Stinka (SPD): Frau Vorsitzende, vielen Dank! Das ist alles schön mit dem Ziel – und man ist sich einig. Nur das Problem ist, ich habe auch das Ziel, dass ich gesünder werden soll, weiß aber, dass ich mich bewegen muss. So. Man muss immer konkret werden. Aber ich habe es ja extra an meinem Beispiel festgemacht, weil zwischen dem hohen hehren Ziel „wir sind uns einig“ und dann passiert nichts ein großes Problem ist. Und politisches Handeln heißt immer, ich erkenne ein Ziel und handele dann danach.

Vorhin hatte Frau Naderer über Erweckungserlebnisse gesprochen. Mein Erweckungserlebnis war eine Veranstaltung der Landesregierung im Juni 2019, wo eine riesige Artenschutzveranstaltung in den Rheinterrassen organisiert wurde. Ich glaube, es war sogar der bekannte Fernseharzt da, Herr von Hirschhausen, der uns immer wieder Ratschläge gibt und der auch viele Hinweise gegeben hat in dieser Sitzung. Ich hatte gedacht, meine Güte, André, flotte Veranstaltung. Der damalige Ministerpräsident war da, und man hatte das Gefühl, es tut sich was. Als Mitglied im Wirtschaftsausschuss konnte ich allerdings dann wenige Tage später ein ernüchterndes Erlebnis erleben, nämlich genau dieses Fünf-Hektar-Ziel, das dann gekappt wurde. Wissen Sie, und das ist der Unterschied. Da wird viel erzählt

(Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

– Ich bin noch nicht fertig, Herr Diekhoff –, vielleicht überlassen Sie das Frau Dr. Peill, dass Sie das hier regelt.

Und ich will nochmal deutlich machen: Ich bin mit dem Ziel einig, aber ich möchte auch Handlungen sehen. Und Sie regieren momentan, und heute ist der neue Ministerpräsident hier vereidigt worden und der hat von seiner Tochter gesprochen, für die er hier Politik macht. Und wenn es um seine Tochter geht, dann muss er auch konkret werden, über Ziele reden, das hilft seiner Tochter Philippa sonst nicht. Und von daher will ich das nur kurz nochmal einwerfen. Wir machen Politik und nicht schöne Sprüche.

So, und ich will nochmal eins deutlich machen und dann auch konkret zu einer Frage kommen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Der Ex-General!)

– Das hat mit General gar nichts zu tun. Ich bin interessenthalber in dem Ausschuss. Ich sehe, dass Sie seit vier Jahren reden, reden, reden und nichts passiert. Und heute sitzen eine Initiative hier, und wir hören, wir sind uns im Ziel einig. Ich bin mit Ihnen nicht im Ziel einig, dass man nichts tut, sondern ich will etwas verändern für die Tochter des Ministerpräsidenten, unter anderem.

(Zurufe)

Von daher – ja, soweit reicht die sozialdemokratische Güte, dass wir das organisieren, notfalls werde ich auch Patenonkel. Wir sind Münsterländer, dann kann man nachher ordentlich „das Kind pinkeln“ lassen. Das ist alles wunderbar.

Jetzt aber nochmal ganz zu einer Frage. Sowohl Frau Naderer als auch Herr Sticht hatten hier nochmal die Notwendigkeit von Biotopverbunden angesprochen. Und für uns ergibt sich nochmal die Frage, wie wichtig Sie in der momentanen Lage gerade diese Verbundsysteme in einem so stark von Industrie geprägten Bundesland sehen - und das im Zusammenspiel mit den, auch von der Ministerin geplanten Initiativen für grüne Infrastruktur in Städten? Da wären wir nochmal dankbar für Beispiele, weil diese 15 % haben beide angesprochen. Dann wüssten wir gerne, wie das personell unterfüttert werden muss. Wir reden ja häufig, wie ich auch bei mir im Kreis sehe, nur von Pilotprojekten, zwei Jahre, zwei Jahre, zwei Jahre. Das hilft uns aber nicht. Von daher wäre ich dankbar für einen Hinweis von Ihnen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Mich hat gerade übrigens überrascht, wie nervös Sie gerade geworden sind, weil Herr Stinka ein paar Worte gesagt hat. Das kann man sich doch in Ruhe anhören.

Frau Dr. Naderer, Herr Sticht, ich hätte eine Frage. Vielleicht können Sie die Gelegenheit mal nutzen, diese Volksinitiative ist getragen worden von den Mitgliedern der Naturschutzverbände vor Ort, in den Kreisen, in den Orten. Mich würde interessieren, Sie werden ja mit Ihren Mitgliedern gesprochen haben. Welche Hoffnungen, welche Erwartungen verbinden die eigentlich an uns Politiker damit? Oder wenn die jetzt hier anwesend wären. Was werden Sie auch Ihren Mitgliedern berichten?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Bevor jetzt Sie in die Antwortrunde gehen, wollte ich ganz kurz auf Herrn Schneider nochmal antworten. Wir haben eine ganz normale Ausschusssitzung, in der die Ministerin absolutes Rederecht hat. Nur zu Ihrer Kenntnis. – Bitte sehr, Frau Dr. Naderer, Herr Sticht, Sie haben das Wort.

Dr. Heide Naderer (NABU NRW): Wir sind auch schwer beeindruckt von der lebhaften Diskussion in diesem demokratischen Gremium. Es geht ja lebhafter zu als bei uns. Bei uns ist es manchmal auch sehr lebhaft. Dann schlage ich mal gleich den Bogen zu den ehrenamtlichen Kräften, die hier die Volksinitiative auch getragen haben.

Ich hatte das am Anfang vielleicht so ein bisschen pathetisch mit der direkten Demokratie gesagt. Aber das ist für mich als Person, als jemand, der sich tatsächlich mit Herzblut für den Naturschutz einsetzt, auch wirklich eine grundsätzliche Sache. Wir sind der größte Naturschutzverband in Nordrhein-Westfalen. Mit den beiden anderen zusammen haben wir schon deutlich über eine Millionen Mitglieder, engagierte Mitglieder, die auch diese Volksinitiative getragen haben. Das sind ja nicht nur wir beide, wir sitzen hier quasi nur symbolisch für die vielen Bürgerinnen und Bürger, denen diese Themen absolut unter den Nägeln brennen.

Und die haben uns natürlich gefragt: Wie geht es denn jetzt weiter? Was sind denn die nächsten Schritte? Ich kann Ihnen garantieren, wenn wir sagen, im Ziel sind wir uns einig, aber leider passiert nix, dann wird das nächste Mittel der Demokratie gezogen - und das ist im Mai. Und das ist jetzt gar nicht als Drohung gemeint, sondern das ist halt so, wie unsere Spielregeln sind in der Demokratie. Entweder handelt man etwas aus, und es wird umgesetzt, oder aber, es ist der Weg, dass man sich bei der nächsten Möglichkeit – und das wären dann die Wahlen im Mai – tatsächlich klar positioniert.

Ich finde aber viel bedauerlicher – den Weg kann man auch gehen und wird man gehen oder muss man gehen oder auch nicht –, was wir mit diesen engagierten Menschen machen. Ich finde es schlimm, denen zu sagen: Ihr habt euch jetzt hier unter Corona-Bedingungen mit der Maske, bei Hitze und bei Kälte, mit den Sicherheitsvorkehrungen immer wieder neu vertraut gemacht, seit rausgegangen, habt die Menschen angesprochen. Es tut mir leid, da ist leider nichts draus geworden. Ich finde es für unser Gemeinwohl, für das Ehrenamt, das von allen hier auch immer hochgehalten wird, ganz schlimm, wenn das sozusagen so stehenbleibt. Deshalb appelliere ich wirklich an Sie: Nehmen Sie diese Menschen ernst! Nehmen Sie ernst, wie sie das umtreibt, nicht nur wie man sich hier im Raum Dinge an den Kopf wirft. Nehmen Sie doch bitte die Menschen ernst, die sich wirklich ein Bein ausgerissen haben, diese Unterschriften zusammen zu bekommen!

Und da ist etwas, wo ich sage: Dafür stehen wir natürlich auch, das rüberzubringen und die Ernsthaftigkeit der Anliegen rüberzubringen, dass das diese Menschen im Land umtreibt. Und es wird nicht besser werden im Sinne, dass sich weniger Leute dafür einsetzen, sondern je mehr die Menschen das spüren und auch spüren müssen, dass ihre Volksvertreter ihre Probleme ernst nehmen, desto mehr wird auch da Bewegung reinkommen, der Druck wird steigen. Und der wird real steigen durch die Verschlechterung der Lage. Er wird aber auch steigen durch die Bevölkerung, die sich abwendet von demokratischen Verfahren, was eine Katastrophe wäre, da sind wir uns, glaube ich, auch alle einig. Keine Ahnung, welche Sachen sie sich da noch ausdenken, um diese Krise irgendwie bewältigt zu bekommen. Das nur noch einmal dazu, weil ich finde, das ist wirklich etwas Grundsätzliches, dass man dieses Instrument der direkten Demokratie bitte ernst nimmt.

So, jetzt aber zum Biotopverbund nochmal, was auch ein absolutes Anliegen der Naturschutzverbände ist, auch schon seit Jahren, Jahrzehnten. Das ist auch in der Biodiversitätsstrategie abgebildet und beinhaltet nicht zwangsläufig – das sind immer so

Sachen auch gewesen, die wir in letzter Zeit gehört haben –, dass noch mehr Naturschutzgebiete kommen, noch mehr wollen die sozusagen rausnehmen aus einer Verfügbarkeit. Natürlich wollen wir angesichts der drastischen Lage, dass möglichst viele Gebiete wirklich unter Schutz gestellt werden, weil, wie gesagt, es um die letzten Refugien, die Kronjuwelen, geht, die man wirklich im Tresor halten muss, das ist überhaupt keine Frage.

Aber es geht ja auch um eine kluge Verknüpfung dieser Flächen, die schon längst ausgewiesen sind als mögliche Biotopflächen. Das LANUV hat für jede unserer Regierungsbezirke ein Konzept gemacht, wie ein Biotopverbund aussehen kann. Die Flächen sind klar, die sind benannt. Jetzt frage ich mich natürlich, warum und wer packt das eigentlich an und kümmert sich darum, dass die Flächen auch vernünftig verknüpft werden?

Die Zielzahl von 15 % steht wahrscheinlich auch schon seit ein paar Jahren im Landesentwicklungsplan von 2019. Wir sind im Moment bei 8 %, und da tut sich gar nix oder minimal. Warum wird das nicht vorangeschoben? Warum wird nicht ein kluges, strategisches Flächenmanagement eingesetzt, um diese Biotopverbundstruktur auch tatsächlich herzustellen? Das ist eine Frage, die wir uns stellen. Deshalb auch die Forderung, das bitte umzusetzen, auch hier zu handeln: Die Konzepte liegen vor, die Pläne liegen vor. Es geht darum, das jetzt wirklich umzusetzen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke, Frau Dr. Naderer. – Herr Sticht noch mal, bitte.

Holger Sticht (BUND NRW): Um zumindest zum Thema Biotopverbund vielleicht nochmal kurz zu ergänzen: Sie hatten bei der Artenschutzkonferenz vergangenen Monat auch den Herrn Fartmann dabei. Er hat 2017 eine hochinteressante Publikation veröffentlicht und spricht da von der sogenannten Konnektivität. In Nordrhein-Westfalen ist die Situation, dass ungefähr 71 % der Tagfalterarten, also der Schmetterlinge, die man auch tagsüber flattern sieht, entweder gefährdet sind oder in Nordrhein-Westfalen schon ausgestorben sind. Und für diese Tagfalter ist es tatsächlich so, dass die Konnektivität, das heißt die Verbindung zwischen Lebensräumen, in denen sie sich vermehren können, eine ganz entscheidende ist. Die Lebensräume vieler Tagfalterarten sind von Natur aus dynamisch, ja. Es gibt in der Natur selten statische Zustände. Diese Lebensräume verändern sich ständig, und mal sind sie für die einen Arten gut und mal für die anderen. Und deswegen ist es wichtig, dass diese verschiedenen Lebensräume miteinander verbunden sind. Das ist die Konnektivität. Und das ist ein wesentlicher Schlüssel für die Artenvielfalt, und das ist der Grund, warum wir tatsächlich diese Biotopverbundskulisse einfordern. Wir können belegen, dass diese entscheidend ist, wenn es darum geht, biologische Vielfalt zu bewahren.

Wenn wir von den Tagfaltern reden, dann reden wir schon gar nicht mehr in erster Linie vom Bewahren, sondern da reden wir vielleicht vom Wiederherstellen. Der größte Teil ist nämlich schon längst weg, und von der Biomasse fange ich jetzt gar nicht an. Da sieht es nochmal ganz übel aus. Das heißt also, die Anzahl selbst häufiger Arten, die heute noch gar nicht auf der roten Liste sind, diese Biomasse ist dermaßen in den

Keller gegangen, dass das gar nicht mehr zu vertragen ist, von den Ökosystemen auch gar nicht mehr zu tragen ist.

Ich verweise da nur auf die Studien des Entomologischen Arbeitskreises aus Krefeld. Also, der Biotopverbund ist eine Schlüsselaufgabe. Es ist in der Tat so, dass es natürlich schön ist, wenn man ab und zu mal so Programme macht, grüne Infrastruktur. Die können sicherlich auch punktuell helfen, aber Biotopverbund schaffe ich nur, wenn ich ihn langfristig plane. Und da ist es in der Tat so, dass der Landesentwicklungsplan und dann der Regionalplan die Instrumente sind, über die ich Biotopverbund mache. Dann kann ich die Projekte immer noch fördern über irgendwelche Drittmittelprojekte, ist gar kein Problem, aber ich muss die Flächen sichern.

Ich will ich an der Stelle auch nochmal betonen: Es geht ja nicht darum, diese Biotopverbundflächen alle unter Naturschutz zu stellen und zu sagen, da kommt keiner mehr rein, überhaupt nicht, sondern Biotopverbundflächen sind einfach nur solche Flächen, die nicht versiegelt werden, und wo wir darauf achten müssen, dass diese auch tatsächlich so bewirtschaftet werden, dass sie biodiversitätsgerecht sind. Aber sie werden den Menschen nicht weggenommen, und sie werden auch den Landwirten nicht weggenommen, sondern wir müssen im Zweifel Geld dafür in die Hand nehmen, dass diese Flächen biodiversitätsgerecht bewirtschaftet werden können, dass die Landwirte da eine zusätzliche Einnahmequelle haben. Darum geht es beim Biotopverbund, eine Schlüsselaufgabe – und die wird nicht wahrgenommen.

Man muss es nochmal deutlich sagen: Das Landesamt für Naturschutz hat den ökologischen Fachbeitrag zu erstellen und tut es auch immer für die Regionalpläne. Leider Gottes ist es so, dass die Regionalpläne dann nicht das übernehmen, was von den Fachleuten dort vorgegeben wird oder empfohlen wird. Es gibt jetzt im ökologischen Fachbeitrag für die Regionalpläne immer zwei verschiedene Stufen. Stufe 1, die quasi die Naturschutzwürdigkeit darstellt, und Stufe 2, wo man sagen würde, da reicht es, auch ein Landschaftsschutzgebiet darzustellen, das kann also alles Mögliche sein. Das kann Erholungsgebiet sein, das kann landwirtschaftliche Nutzfläche sein. Es sollte nur die Biodiversität mit gedacht werden. Aber an dieser planerischen Stelle sind wir bisher gescheitert. Und da müssen wir, das ist zumindest unsere Auffassung, einfach nachsteuern.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke, Herr Sticht. – Ich habe noch eine Frage, die ist von Frau Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja, herzlichen Dank. Ich fange mal so an: Es gibt ja in vielen anderen Politikbereichen die Feststellung, dass die Zivilgesellschaft an der Politik hadert und selber aktiv wird. Wir erleben das in ganz vielen Bereichen, wo sich Ernährungsräte gründen, wo sich neue Finanzierungsmöglichkeiten auftun, über Regionalwert-AGen, was ich da gerade erlebe.

Ich selber bin auch Mitglied Ihres Verbandes, des NABU, und wir haben im Zuge des Kommunalwahlkampfes, auch mit anderen Parteien selber Unterschriften gesammelt. Ich bin mit den Menschen ins Gespräch gekommen. Ich habe genau diesen Eindruck

gehabt, dass die uns mitgeteilt haben: Ja, wir erleben da etwas, und wir haben das Gefühl, die Politik erkennt es nicht, und da muss gehandelt werden. Und jetzt habe ich zwei Dinge, wo ich feststelle, die sind gezwungenermaßen auch in Nordrhein-Westfalen vorhanden, die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt und genetischen Vielfalt. Die ist ja da. Wir haben einen Plan auf nationaler Ebene, wo wir sagen 2 % der Flächen, 5 % der Wälder brauchen wir an Wildnisflächen. Deutschland hat 1 %.

Wenn ich nach Nordrhein-Westfalen gucke, da haben wir 0,1 %. Und deswegen die Frage nochmal: Wie beurteilen Sie das, damit wir wirklich in dieser Form weiterkommen? Ich muss mich auch jetzt nochmal an Herrn Deppe wenden, der ist eher im Bergischen Land unterwegs: Ich habe den Eindruck, dass er sich den Nationalpark Senne noch nie angeguckt hat. Wir Abgeordneten, mit einigen sind wir jetzt bei der schönen Herbstzeit da gewesen und haben uns führen lassen. Ich kann Ihnen sagen, das ist nicht nur ein wichtiges Gebiet für Nordrhein-Westfalen, sondern ein Schutzgebiet mit nationaler Bedeutungsebene, sogar europäischer Ebene, wie es eingeschätzt wird. Es sind über 1.000 Arten, die auf der roten Liste stehen, da zu finden.

Es ist nicht so, dass da Panzer durch die Gegend fahren. Deswegen scheinen Sie da noch nie da gewesen zu sein. Die Briten sind auf dem Gelände und haben Schießstände dort, so. Auf einem Viertel der Fläche ist da noch ein Schießstand. Die Briten unterhalten, machen Schutzmaßnahmen, Naturschutzmaßnahmen mit der Biologischen Station. Deswegen an dieser Stelle, wenn wir schon die Landesfläche haben an dieser Stelle, die wir ja jetzt auch zurückbekommen von den Briten, dann ist das für uns wirklich ein Bereich, wo wir handeln können, sofort. Und, wie gesagt, ich kann es nur jedem empfehlen, sich das einmal anzugucken, das macht viel aus.

Und eine andere Sache, wo ich auch feststelle, wir sind ja in der Landwirtschaft mit der Enquetekommission unterwegs. Es gibt dieses Ergebnis der Zukunftskommission Landwirtschaft. Da geht es auch nochmal darum, diese ganze (akustisch unverständlich), die wir haben in Böden, in der Luft, im Wasser, das sind genau die Dinge, wo wir handeln müssen. Nicht nur auf der europäischen Ebene müssen wir das einhalten. Und deswegen kann man doch jetzt nicht so tun, wir machen nur das, was notwendig ist. Es gibt Beschlüsse, es gibt Strategien, wo wir handeln müssen, auch von europäischer, von nationaler Ebene aus. Deswegen einfach noch mal Ihre Einschätzung, was da in der Form auch in NRW passieren muss.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wer antwortet von Ihnen beiden? – Frau Dr. Naderer, bitte.

Dr. Heide Naderer (NABU NRW): Ja, also Sie haben das genau nochmal dargestellt. Es gibt ja sozusagen auch so eine Kaskade von Zielsetzungen, ob es die UN ist, Europa, Deutschland und am Ende Nordrhein-Westfalen mit anderen Bundesländern. Aber es hat ja eine Logik, und es macht ja auch Sinn, weil das weltweite Probleme sind. Logischerweise gibt es da Vereinbarungen, Vorgaben, die in der Europäischen

Union verhandelt werden, die klare Zielsetzungen sind, ob es die Wasserrahmenrichtlinie ist – daran darf ich kurz erinnern –, oder ob es der Schutz auch von Wildnisgebieten ist.

Das hat die Europäische Union in der Verhandlung natürlich mit den anderen Mitgliedstaaten ausgehandelt. Und dann geht es weiter an die Bundesregierung, und selbst da gibt es ja die Programme und Aussagen und die Nachhaltigkeitsstrategie. Und schwupp nochmal eins runter, ja, da fehlt dann plötzlich was, da wird es dann anders gemacht. Da sind wir in Nordrhein-Westfalen angekommen. Und das ist natürlich schon das, was uns umtreibt: Warum werden die Dinge, die jetzt auf Bundes- oder auch auf europäischer Ebene schon klar prognostiziert, klar beschrieben sind, nicht konsequent umgesetzt? Es ist ja noch nicht einmal so, dass wir wirklich mehr fordern im Wesentlichen, sondern nur die Umsetzung dessen, was schon längst beschlossen ist. Das ist fast banal. Aber die Dinge sind alle schon festgelegt, sie sind alle beschrieben.

Es geht, wie wir vorhin schon sagten, jetzt um das Handeln. Ich kann zumindest sagen, wir werden das sehr genau beobachten, was jetzt in den nächsten Wochen und Monaten auch im Parlament passiert, welche klaren Festsetzungen, welchen klaren Meilensteine Sie setzen werden, um dieses Programm – wo wir gerade gesagt haben, wir sind uns in den Zielen alle einig – tatsächlich zu einer wirksamen und schnellen Umsetzung zu bringen. Ich glaube, am Ende wird das der Dezembertermin, der Haushalt sein. Man kann auch einige Sachen sicherlich sofort umsetzen, auch ohne Geld. Aber es gibt auch noch den Maßstab zu fragen: Wie ernst nehmen wir das Problem eigentlich? Und das ist sicherlich auch eine Entscheidung, die sich im Haushalt niederschlagen wird.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich sehe keine weiteren Fragen mehr. Deswegen würde ich jetzt zu einem Ende kommen. Ich denke Ihnen beiden für Rede und Antwort und für Ihre Eingangsstatements. Ich habe vernommen, dass die Fraktionen sich gerne nochmal zur Diskussion zurückziehen und wir das Thema auf der Tagesordnung am 09.11. haben werden.

Aber bevor ich diese Sitzung schließe – sicherlich haben Sie gesehen, wie wichtig die Volksinitiative dem Ausschuss ist, ich denke, dass wir alle Argumente heute Abend nochmal ausgetauscht haben –, würde ich gerne noch Herrn Kaiser verabschieden, der heute seine letzte Sitzung bei uns im Ausschuss hat.

Wir danken Ihnen sehr für alles, was Sie für den Ausschuss getan haben, und dass Sie uns wichtige Informationen aus dem Ministerium mitgeteilt haben und auch immer für Rede und Antwort da waren. – Herzlichen Dank, wir wünschen Ihnen alles Gute für Ihre Zukunft. Gleichzeitig begrüßen wir Frau Bönnighausen, die diese Position übernehmen wird, und freuen uns auf die Zusammenarbeit. – Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
70. Sitzung (öffentlich)

27.10.2021
sd-beh

Dann schlieÙe ich die 70. Ausschusssitzung und wünsche allen einen schönen Abend.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

09.11.2021/09.11.2021

10